



Doris von Sayn-Wittgenstein

Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag
Landeshaus - Düsternbrooker Weg 70 - 24105 Kiel
Email: sayn@wittgenstein.ltsh.de

P R E S S E M I T T E I L U N G 40/2020

Kiel, den 10.12.2020

Milliardengrab Windkraftanlagen?

Der Rückbau veralteter Windräder kostet den Steuerzahler Milliarden

Nachdem die „Schleswig-Holsteinische Landeszeitung“ am 10. September 2018 in dem Beitrag „Fundamente von Windkraftanlagen: Vergraben und vergessen?“ über Betonsockel berichtet hatte, die trotz gegenteiliger Rechtslage im Erdreich verblieben, weil die Betreiber sich durch Einmalzahlungen an die Grundbesitzer ihrer Verpflichtung zur Entfernung entzogen, so daß eine „unterirdische Mülldeponie“ entstehe, brachte die Landtagsabgeordnete Doris v. Sayn-Wittgenstein dieses Thema 2019 in die landespolitische Debatte ein. In einer Kleinen Anfrage (vgl. <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/01200/drucksache-19-01266.pdf>) fragte v. Sayn-Wittgenstein die Landesregierung zu deren Position zum „Rückbau von Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein“.

Nachdem die Landesregierung nicht wirklich aussagekräftig antwortete, gleichzeitig auf andere Zuständigkeiten verwies und sogar eingestehen mußte, nichts darüber zu wissen, wie viele Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein abgebaut wurden, ohne die unterirdischen Teile der Betonsockel fachgerecht zu entsorgen, ist es an der Zeit für die Bürger einige Details zum Rück- und Abbau veralteter Windkraftanlagen darzulegen.

Denn neben der in der Kleinen Anfrage thematisierten „Rückbau-Verpflichtung“ des Fundaments gibt es weitere ungelöste Probleme. Dabei werden allein die Kosten für den Rückbau der in Deutschland bestehenden, rund 30.000 Anlagen auf mindestens 27 Milliarden Euro geschätzt.

Zwar sind 80 bis 90 Prozent ausgedienter Windkraftanlagen laut Aussagen der Landesregierung wiederverwertbar, allerdings gilt dies nicht für die aus Faserverbundstoffen bestehenden Rotorblätter, deren Entsorgung teuer, schwierig und nur bedingt praktikabel ist.

„Es steht zu befürchten, daß es einmal mehr die Bürger sind, die für eine verfehlt gewendete Energiewende aufkommen und die Taschen leeren müssen. Wenn Betreiberfirmen nach Jahrzehnten der Nutzung insolvent oder Bodenverpächter nicht mehr zahlungsfähig sind, wird es der Staat und indirekt die Steuerzahler sein, die für dieses Milliardengrab aufkommen müssen“, so die Landtagsabgeordnete Doris v. Sayn-Wittgenstein.